

herstellung von Frieden in Europa, zu erreichen? Dies gilt ebenso für die Annahme, dass ein demokratisches, marktwirtschaftliches und prosperierendes Russland, das in seinen Außenbeziehungen kooperativ ist, die Erreichung dieses Ziels wahrscheinlicher macht. Der Status quo ist jedoch ein anderer: Russland befindet sich auf einem autoritären Pfad, die Wirtschaft ist durch Oligopole und Rent-Seeker beherrscht, und die konfrontative Außenpolitik der zurückliegenden zwei Jahre erfreut sich offenkundig im Volk hoher Beliebtheit. Zur Anerkennung dieser Tatsachen gehört auch, dass die Möglichkeiten, auf diese Zustände von außen einzuwirken, äußerst begrenzt sind.

Was sind vor diesem Hintergrund mögliche kleine Schritte, die kurzfristig Frieden schaffen und mittel- bis langfristig eine kooperative Einbindung Russlands wahrscheinlicher machen? Bei der Suche nach Antworten könnte ein weiteres Bonmot Egon Bahrs hilfreich sein, nämlich die Charakterisierung der Entspannungspolitik als »innerdeutsches Judo«: Beim Judo versuchen die Sportler, die Absichten des Gegenübers zu antizipieren und dessen Energien zum eigenen Vorteil in eine andere Richtung zu lenken. Es wäre einen Versuch wert, die zum Teil in ihren Reflexen ritualisierte Russlanddebatte um Überlegungen anzureichern, die in diesem Sinne vielleicht kontraintuitiv sind: Inwiefern, beispielsweise, ließen sich bei den in Russland herrschenden Eliten positive Zukunftserwartungen hinsichtlich der Kooperation mit dem Westen erzeugen? Ist es in diesem Zusammenhang sinnvoll, Russland seine Schwäche vorzuhalten, wie es Barack Obama mit der Bezeichnung als »Regionalmacht« tat? Und welche Chancen gibt es, den mittlerweile durch exogene Faktoren – Ölpreisverfall, Rubelabwertung, Wirtschaftssanktionen – angestoßenen Strukturwandel in Russland aus der EU heraus konstruktiv zu begleiten? Die Abkehr von der einseitigen Fixierung auf den Ressourcenexport, in Zeiten hoher Ölpreise vergeblich gefordert, erfolgt aktuell in Russland notgedrungen – solange der Ölpreis und der Kurs des Rubels auf niedrigem Niveau verharren. Kurzfristig ist dieser Zustand problematisch, mittelfristig birgt er aber Chancen auf eine Wiederbelebung der russischen Industrie, was Russland langfristig entscheidend verändern könnte.



Felix Hett

ist Russland-Referent bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.

felix.hett@fes.de

Golineh Atai

Angst ist unser Lebensgefühl

Eine Reise nach Tschetschenien

»Sie sehen die vielen schönen neuen Gebäude hier. Aber wissen Sie – der Apfel wird von innen faul.« Die Augen schauen nervös hin und her, es scheint uns niemand zu beobachten, ein kurzer Moment der Freiheit, und ich habe den Eindruck, als ob mir

jemand ganz schnell ganz viel erzählen will. »Die Armut hier werden Sie nicht zu sehen bekommen. Mein Viertel kann ich ihnen nicht zeigen. Hier sind doch 70 % der Menschen arbeitslos. Manchmal sind wir Tschetschenen so wütend, dass wir auf die Straße gehen und schreien wollen, einfach nur schreien, über die Ungerechtigkeit, die uns jeden Tag widerfährt. Aber es wird sicher einen Machtwechsel geben. Und falls Ramsan Kadyrow entkommt und auswandert, dann rächen wir uns an seiner Clique. Sie erniedrigen die Menschen. Haben Sie gesehen, wie ein junger Mann in seiner Unterhose auf ein Laufband gestellt wurde und dabei Putin loben musste? Haben Sie gesehen, wie Kadyrow eine Frau, die ihn kritisiert hatte, vor ihrem Ehemann im Staatsfernsehen demütigte, bis sie Reue zeigte? Und dann diese riesigen Demonstrationen für Kadyrow – da werden doch alle hingeschleppt. Wir müssen dahin, sonst bekommen wir Lohnabzug, werden entlassen. Das ist alles nur ein Karneval.«

Der Mensch, von dem ich diese Worte höre, wäre in Lebensgefahr, wenn ich seine Identität preisgäbe. Ich habe Folterspuren auf dem Körper gesehen. Nicht nur sein Leben, auch das Leben und die Würde seiner Familie wären in Gefahr.

Die Wahrheit hinter der schönen Kulisse

Wir sind in Russland. Genauer gesagt in Grosny, die Hauptstadt der Republik Tschetschenien. Vor 16 Jahren berühmt geworden als ein »vom Krieg zerfressenes Höllloch«. Die am meisten zerstörte Stadt der Welt, stellten die Vereinten Nationen damals fest. Nun ragen Türme in den Himmel. Eine fast unbewohnte, leere Skyline vor einer goldenen Moschee – der Republikleiter hat sich ein Denkmal gesetzt, das Geld dafür kam aus Moskau. Die Straßen sind sauber und die Fassaden blitzblank. Alles wirkt friedlich. »Doch es gibt einen Frieden, der zumindest nicht besser ist als der Krieg – wenn jedes Gesicht ein schreckliches Geheimnis verbirgt, wenn unter dem Marmor Blut hervorquillt, das jemand jeden Morgen sorgfältig wegwischt«, schreibt der russische Journalist Oleg Kaschin über Tschetschenien. Einen Film zu drehen über die Wahrheit hinter der schönen Marmorkulisse – das ist unmöglich. Wer mit westlichen Journalisten spricht, macht sich verdächtig. Selbst unsere einheimischen Fahrer gehen ein Risiko ein. Unsere Anrufe bei den wenigen unabhängigen Menschenrechtlern in Grosny bleiben – anders als noch vor drei Jahren – unbeantwortet. Viele sind weggegangen. Nachdem eine Reihe von russischen und westlichen Journalisten festgenommen, ausgewiesen oder zusammengeschlagen wurde, beschließen wir, mit vom Staat ernannten Menschenrechtlern zu arbeiten, die offizielle Termine für uns ausmachen, den Besuch eines westlichen Fernsteams als Propaganda für ihre eigenen Zwecke missbrauchen, und dafür von uns Geld kassieren. Schnell merke ich, dass ich als offiziell angemeldete Journalistin hier in ähnliche moralische und psychologische Zwänge und Zwickmühlen gerate wie jeder, der in der Republik ehrlich leben will.

Eine Straßenumfrage auf der Putin-Allee. Ich frage die Passanten, warum viele Tschetschenen nach Deutschland wollen. Dort sind die Asylanträge wieder gestiegen. »Davon habe ich nichts gehört. Im Gegenteil, die Leute dort wollen wieder zurück«, sagt eine Frau. »Denn wir haben hier Stabilität. Ich würde sagen, unsere Republik

blüht, wir arbeiten, wir ruhen uns aus, wir haben einen sehr guten Republikchef, wir sind sehr zufrieden, wir lieben ihn«. Einen kurzen Moment später frage ich eine andere Frau, die schnell ihre große Sonnenbrille aufgesetzt hat, als sie unser Fernsteam sieht. »Ich würde auch gerne nach Deutschland. Dort ist es viel besser als hier, dort herrscht Recht und Gesetz. Hier vielleicht auch, aber anders«, seufzt sie. Wir hörten hier oft, alles sei gut, sage ich ihr. Sie lächelt. »Ja, man sagt das. Man sagt das. Man sagt sehr viel. Aber das, was man im Internet sagt und schreibt darüber, wie es hier ist – nur das entspricht der Wahrheit. Auf Wiedersehen.«

»Die Menschen haben ihr Inneres zweigeteilt«, erzählt mir die russische Menschenrechtlerin Svetlana Gannuschkina, die Ramsan Kadyrow persönlich kennt. Sie leben in Straßen, die nach den Namen ihrer russischen Peiniger benannt sind. Die Kriege gegen Russland und den Drang nach Unabhängigkeit mussten sie vergessen. Ihre eigene Geschichte, die Deportation eines ganzen Volkes unter Stalin, mussten sie verdrängen. Jetzt werden sie wieder drangsaliert, von einem Herrscher, der sich als »König« ansprechen lässt, und dem jede Beschwerde als Verbrechen gilt. Jeder, der auf das Blut zeigt, das aus dem Marmor quillt, gilt als Verräter, kann verschwinden, seine Familie verlieren, sein Haus niederbrennen sehen. »Die Angst zwingt die Tschetschenen, ihren Drachen zu lieben. Vielleicht ist es eine Schutzreaktion der Psyche, sonst würden sie verrückt werden, sich dagegen wehren«, so Gannuschkina. »Es gibt Zeugenaussagen, wonach Ramsan bei Folterungen persönlich zugegen ist. Der Psychologie nach gehört er wohl zu den Sadisten. Vielleicht bereitet ihm das Genuss. Das wissen alle, der Oberstaatsanwalt ist im Bilde, der Innenminister, und andere.«

Die Geschichte des Dorfes Kenchi im Südosten der Republik ist ein Sinnbild für die Herrschaft Kadyrows. In einem zehnminütigen, selbst hergestellten Video wendet sich der Dorfbewohner Ramasan Djalaldinow im April an Präsident Putin. Der Familienvater hat etliche Male versucht, die föderalen Behörden auf sein Dorf aufmerksam zu machen. Die Schäden, die der letzte Krieg dem Dorf zugefügt habe, und die Zerstörungen durch ein Hochwasser seien nie behoben worden. Die Einwohner erhielten eine Entschädigung nur dann, wenn sie zwei Drittel der Summe an die örtlichen Beamten abdrückten. Die Löhne der Lehrer im Dorf seien so oft nicht ausbezahlt worden, dass viele ihren Beruf aufgaben. Willkür, Korruption, das Verschwinden von sozialen Zahlungen, die direkt aus Moskau kommen: nichts wirklich Neues in der Republik. In einem Interview mit einem unabhängigen russischen Journalisten bestätigen die Einwohner die Aussagen von Ramasan Djalaldinow. Dieser wird von nun an gesucht, seit dem Video auf YouTube erhält er Todesdrohungen. Er flieht in das benachbarte Dagestan. Seine Frau und seine Töchter werden von bewaffneten Männern aus dem Haus geworfen, später wird das Haus angezündet. Später erklärt seine Frau gegenüber Journalisten in der Nachbarrepublik Dagestan, dass ihr Bewaffnete die Pistole an den Kopf gesetzt hätten, mit den Worten: »Dein Mann muss seine Lügen entschuldigen und sich bei Kadyrow entschuldigen, sonst kann es sein, dass du oder deine Töchter verschwinden.«

Das Dorf ist bald von Sicherheitskräften umstellt. Der Republikchef besucht Kenchi. Kadyrow ist erbost über den Mann, der ihn einfach umging und sich an Putin

wandte. Die Dorfbewohner, die sich vorher mit ihrem Nachbarn solidarisch zeigten, schwärzen Djalaldinow nun an, bezichtigen ihn der Heuchelei. Nach sechs Wochen schließlich widerruft der Bittsteller seine Videobotschaft, und entschuldigt sich beim Republikchef. Er schäme sich für seinen großen Fehler. Er hoffe, dass seine Mitmenschen nicht seinen Fehler wiederholten. Auf Instagram stellt Ramsan Kadyrow das Video der Entschuldigung ein, mit dem Kommentar: »Jeder Mensch irrt sich einmal. Ein intelligenter Mann, der realisierte, dass etwas falsch lief, es zugab, und der sich dann auf den Pfad der Wahrheit begab. Ich habe bereits am allerersten Tag verstanden, dass einige schmutzige und unheilvolle Kräfte den ungesunden Dorfbewohner für ihre eigenen Zwecke missbrauchen wollen. Eine Medienattacke, um ihn einzuschüchtern, und zu suggerieren, dass sein Leben und das seiner Familie in Gefahr seien. Sie versuchten ihn zu zwingen, Tschetschenien zu verlassen. Doch niemand wird sich um ihn so kümmern wie wir in Tschetschenien.«

Wir werden nicht nach Kenchi gelassen. Stattdessen lädt uns die Kadyrow-Jugend zum Kebab-Essen in ein wunderschönes Bergdorf ein, wo der »König« ein Skigebiet bauen lässt. Der staatliche Menschenrechtsbeauftragte Nurdi Nuchajew erklärt es uns so: »Wenn wir hier schon so schöne Straßen und Häuser gebaut haben, dann wäre es doch nicht zu viel verlangt, darüber zu berichten, und wenn man das nicht loben will, soll man lieber gar nichts sagen.« Nicht näher bestimmte dunkle Kräfte, die westliche Gelder bekämen, hätten das Haus des Dorfbewohners angezündet, will uns Nuchajew weismachen.

Eine Art Konsens

Djalaldinow hatte mehrfach an führende Politiker der Russischen Föderation appelliert. Seine Videobotschaft richtete er an Russlands Präsidenten. Wladimir Putin antwortete ihm nie. Die Menschenrechtlerin Swetlana Gannuschkina erklärt das Verhältnis zwischen dem Kreml und Grosny, zwischen Putin und Kadyrow, als »eine Art Konsens, vielleicht nicht auf Papier fixiert, sondern nur mündlich, etwa in der Form: Du kannst dort machen, was du willst, solange du jeden Tag die Worte runterbetest: Russland ist unser Mütterchen und Putin unser Väterchen. Solange du die Position vertrittst, dass Tschetschenien ein Teil Russlands ist, kannst du dort machen, was dir einfällt«.

Immer wieder weisen russische Journalisten und Menschenrechtler Putin darauf hin, dass die russische Verfassung, das föderale Recht in Tschetschenien kaum funktioniere. »Es gibt nur ein Gesetz, und das lautet: Ramsans Befehl«, erklärt Gannuschkina. Selbst zu Sowjetzeiten habe es so ein Konstrukt nicht gegeben: Russische Juristen arbeiteten in Tschetschenien unter Lebensgefahr, und konnten nichts durchsetzen. Wenn bewaffnete Tschetschenen einen Bus voller Journalisten und Menschenrechtler in Brand setzen, das Büro einer Menschenrechtsorganisation in Grosny zerstören oder ganze Familien von Terroristen bestrafen, indem sie ihre Häuser anzünden und Familienmitglieder foltern, dann lautet die gängige Reaktion des Kreml: »Das ist inakzeptabel«. Doch es passiert nichts nach diesen Worten. Im April hat Präsident Putin die Amtszeit von Ramsan Kadyrow verlängert. Der Republikchef, seit neun Jahren an der Macht, wurde nie gewählt.

Ramsan Kadyrow trägt die höchsten Orden Russlands. Auf Instagram posiert er gerne mit Tigerbabys oder Krokodilen im Arm. Er lädt gerne Hollywoodstars in sein wiederaufgebautes Grosny ein, er sucht online nach seiner entlaufenen Katze und legt sich dabei mit US-Comedian John Oliver an. Er präsentiert sich oft mit Putin-T-Shirts und Korankette um den Hals. Er begreift sich als obersten Menschenrechtler und obersten Richter. »Die Gelder, die aus Moskau nach Tschetschenien fließen, sind seine persönlichen Gelder, er bestimmt, wofür diese verwendet werden. Wohnungen, die aus Staatsgeld dort gebaut wurden, werden verkauft. Kadyrov besitzt ein wunderbares Schloss, einen Zoo, wunderbare Pferde aus den Arabischen Emiraten«, erklärt Swetlana Gannuschkina.

Einige Tage nachdem sich der Dorfbewohner Ramasan Djalaldinow entschuldigt hat, bekommen wir plötzlich die Einladung der Behörden, nach Kenchi zu fahren. Offenbar ist es dem Regime wichtig, dass der Mann seine Entschuldigung und Selbstbezeichnung auch einem westlichen Sender gegenüber ausspricht. Ich lehne es ab, einen Menschen, auf den ganz offensichtlich Druck ausgeübt wurde, nun als Propagandawerkzeug des Regimes für meinen Bericht zu missbrauchen.

Die Liste an Menschenrechtsverletzungen ist lang

Als der Menschenrechtsrat von Präsident Putin eine Dienstreise durch den Kaukasus antritt, fahre ich erneut nach Grosny. Auf dem Programm steht eine Begegnung mit Bürgern und ein Treffen mit Ramsan Kadyrow. Doch in letzter Sekunde muss der von Putin eingesetzte Rat sein Programm ändern. Kadyrow droht, er könne für die Sicherheit der Ratsmitglieder in Grosny nicht garantieren. In der Nachbarrepublik Inguschetien treffe ich Ratsmitglied Igor Kalyapin von der russischen NGO »Komitee zur Verhinderung von Folter«. Der Russe hat unzählige Fälle in Tschetschenien verfolgt, seine Organisation, gegründet nach dem Mord an der Menschenrechtlerin Natalia Estemirowa, kann aber nicht mehr in Grosny arbeiten, ihr Büro wurde mehrmals verwüstet. Als Kalyapin bei Russlands Generalstaatsanwalt eine Anfrage stellte, ob Kadyrows Herrschaft den Prinzipien der russischen Verfassung entspreche, galt er kurze Zeit später als unerwünscht in Grosny. Im Interview mit uns spricht der Menschenrechtler von einer neuen Qualität der Kadyrow-Herrschaft: »Es genügt Ramsan offenbar nicht mehr, dass absolute Willkür herrscht, dass seine Leute mit jedem Tschetschenen alles machen dürfen und dass sie dafür nicht bestraft werden – das reicht ihm nun nicht mehr. Jetzt will Kadyrow, dass niemand mehr darüber redet.«

Einige Tschetschenen sind in das 100 Kilometer von Grosny entfernte Nasran gefahren, nach Inguschetien, um Igor Kalyapin dort zu treffen. »Wenn sie uns hier mit ihrer Kamera zeigen, wird Ramsan uns töten«, sagen sie mir. Sie suchen rechtlichen Rat – und moralischen Beistand. Mal geht es um verschwundene Töchter, mal um Menschen, die gefoltert werden, weil sie in einem sozialen Netzwerk Kritik an Kadyrow geübt hatten. Ich höre von durch Folter und Drohungen erpresste Geständnisse und Selbstanzeigen, von Zwangsaussiedlungen und kollektiven Strafen. Ein Anwalt erzählt mir, dass viele unschuldige junge Männer bezichtigt werden, dem »Islamischen Staat« anzugehören: Unterlagen werden gefälscht, die Statistik geschönt, um Moskau

den Eindruck zu vermitteln, dass die Strafverfolgung von Terroristen in Tschetschenien besonders gut funktioniere. Ein Tschetschene wendet sich an mich. Er erklärt mir, dass viele nicht mit mir sprechen wollen, weil sie Angst hätten, dass dann ihren Verwandten etwas zustoße: »Aber glauben Sie mir: Im ganzen Land haben die Menschen es satt.«

Igor Kalyapin sitzt an einem Tisch in der Regionalverwaltung von Nasran, über ihm ein Putin-Porträt. Er sieht nachdenklich und mitgenommen aus. Ein Fall beschäftigt ihn sehr, erzählt er. Die Geschichte einer jungen Tschetschenin, die für eine westliche Flüchtlingshilfsorganisation arbeitete und vor Jahren in Grosny verschleppt – und seitdem nie wieder gesehen – wurde. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte stellte fest, dass Russland den Verwandten eine Entschädigung zahlen muss. Die junge Frau wurde bei einer Spezialoperation von Kadyrows Sicherheitskräften mitgenommen, die Verantwortung liege in diesem Fall direkt bei Kadyrow selbst, sagt Kalyapin. Der Fall sei aussichtslos. »Weder im ersten noch im zweiten Tschetschenienkrieg, wo die Zivilbevölkerung massenhaft ums Leben kam, nie hatte die Bevölkerung soviel Angst vor dem Staat, vor den Nachbarn, vor sich selbst wie jetzt, im heutigen Tschetschenien, mit seinen Lichtshows, Springbrunnen, Wolkenkratzern und Putin-Alleen. Ich glaube, so etwas hat es in der Geschichte des tschetschenischen Volkes nie gegeben. Vielleicht gab es so etwas in Moskau 1937.«



Golineh Atai

ist Redakteurin und Moderatorin, z. Zt. ARD-Korrespondentin in Moskau.

Alexander Wolf

Der kalte Wind der Sowjetzeit

Wie Russland gegen Oppositionsbewegungen und zivilgesellschaftlichen Protest vorgeht

Außerparlamentarische Organisationen nehmen in einer lebendigen Demokratie die Rolle des Sprachrohrs der Zivilgesellschaft ein – und spiegeln im besten Fall die Vielfalt der jeweiligen Gesellschaft wider. Auch in der russischen Verfassung ist in Artikel 13 die politische Vielfalt festgeschrieben, die jedoch spätestens mit der umstrittenen Verabschiedung des »Agentengesetzes«, welches 2012 im Eiltempo durch die Staatsduma gepeitscht wurde, gravierend beschränkt worden ist. Sämtliche Materialien von nicht-russischen Nichtregierungsorganisationen müssen mit dem Vermerk »NGO – in Funktion eines ausländischen Agenten« gekennzeichnet sein, die NGO selbst muss sich ins entsprechende Register beim Justizministerium eintragen lassen. Bei Widerstand gegen die Bestimmungen des Gesetzes drohen den Organisationen Geldstrafen in Höhe von umgerechnet bis zu 25.000 Euro, was in vielen Fällen eine so-